

«Ein neuer Geist der Kooperation» – wie die Schweiz ihre Aussenpolitik neu justierte

1992 will der Bundesrat stärker in der Welt mitbestimmen. Diplomatische Dokumente geben nun Einblick in die damaligen Debatten – etwa über die Zukunft der Schweizer Neutralität.

Christoph Wehrli
03.01.2023, 05.30 Uhr

🔊 Hören 📌 Merken 🖨️ Drucken 📤 Teilen

1992 war für die schweizerischen Aussenbeziehungen nicht nur das Jahr des Neins zum EWR, sondern auch das Jahr eines positiven Volksentscheids. Der am 17. Mai gegen Opposition von links und rechts gutgeheissene Beitritt zum Internationalen Währungsfonds (IMF) und zur Weltbank kann zwar als Normalisierung betrachtet werden, doch war eine traditionelle Skepsis gegen multilaterale Bindungen zu überwinden. Der neue Band der Reihe «Diplomatische Dokumente der Schweiz», der mit 62 Aktenstücken einen Querschnitt durch eine weit verstandene Aussenpolitik bietet und als Einstieg zu 1700 elektronisch zugänglichen Dokumenten dient, illustriert nicht zuletzt, wie die Schweiz in die beiden Finanzinstitutionen einzog.

Kein «Klappsitz» in der Weltbank

Der Spätgekommene will sich nicht mit einem «Klappsitz» begnügen, sondern im engeren Kreis mitbestimmen. Mit «Verbissenheit», wie ein Beteiligter schreibt, kämpft die Schweizer Diplomatie für die Bildung einer eigenen Stimmrechtsgruppe und für die Schaffung eines zusätzlichen Sitzes in den beiden Leitungsgremien. Die Entstehung neuer Staaten durch die Auflösung der Sowjetunion und Jugoslawiens ist ein glücklicher Umstand, da sie die Dinge in Bewegung bringt. Bern hat allerdings gegen den Widerstand der USA anzutreten, die möchten, dass die Schweiz die Maghrebstaaten an sich zieht und so die von Iran angeführte Gruppe sprengt. Auf amerikanischen Druck und weil sich die Schweiz bei Rüstungslieferungen nicht als zuverlässiger Partner erwiesen habe, springt die Türkei aus der geplanten Gruppe ab, kurz nachdem ihre Beteiligung «definitiv gesichert» schien. Polen und vier ehemalige Sowjetrepubliken genügen jedoch, um das Ziel zu erreichen.

Federführend ist der notorisch hartnäckige SP-Finanzminister Otto Stich. Bei einer internen Besprechung will er sich allerdings mit einem ständigen Sitz im IMF und einem rotierenden in der Weltbank begnügen. Der Deza-Chef Fritz Staehelin erinnert dann an das gegenüber NGO abgegebene Versprechen, die entwicklungspolitischen Grundsätze zu vertreten, und es setzt sich die «maximalistische» Strategie durch. Aussen- und Innenpolitik haben gut zusammengespielt.

Vorsichtiger Blick auf die Nato

Für den Multilateralismus ist es generell eine relativ gute Zeit. Ein «neuer Geist der Kooperation» belebe die internationalen Beziehungen, sagt Bundespräsident und Aussenminister René Felber an einer Konferenz. Die Schweiz selber weitet ihr Engagement aus, stellt beispielsweise Wahl- und Militärbeobachter, bereitet sich auf Blauhelmeinsätze vor (was das Volk ablehnen wird) und hilft vor der Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio, die USA mit einer Ad-hoc-Koalition unter Druck zu setzen, um die Klimaverhandlungen zu deblockieren. Gleichzeitig werden bilaterale Beziehungen weitergepflegt, und zwar ausdrücklich möglichst universal, ohne Konzentration auf Europa. Drei Jahre nach dem Massaker auf dem Tiananmen-Platz wird der chinesische Ministerpräsident Li Peng in Bern empfangen. Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz besucht seinerseits Peking und kommt zu dem Schluss, die politische Öffnung des Landes sei längerfristig «unausweichlich».

Der institutionellen Stärkung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, der heutigen OSZE, stimmt die Schweiz nach anfänglicher Opposition zu. Ihr Interesse an Ansätzen zu einer kontinentalen Friedensordnung liegt auf der Hand. Die Neutralität büsst an Bedeutung ein. Schweden, Finnland und Österreich rücken mehr oder weniger davon ab, und ein Papier aus dem Militärdepartement hält fest, die Grenzen der «autonomen Verteidigungsfähigkeit» seien erreicht. Wenn dies zutrefte, schliesst im Aussendepartement Thomas Borer, sei eine «Anlehnung oder Integration» in Bezug auf die Nato notwendig. Auch der EMD-Chef Kaspar Villiger denkt über eine «Annäherung» nach, versteht darunter aber vorerst nur einen intensiveren Informationsaustausch und stellt bei Kollege Felber artig den «Antrag» auf ein persönliches Gespräch in dieser Sache. Hier wird nichts überstürzt.

Sacha Zala (Forschungsleiter) und Thomas Bürgisser (Redaktionsleiter):
Diplomatische Dokumente der Schweiz 1992. Dodis, Bern 2023. 428 S., zirka Fr. 10.– (broschiert), Fr. 45.– (gebunden), Gratis-Download: dodis.ch.